

Die sanfte Verführung, die Leben kostet

Cyberfraud ist in Mittelbaden auf dem Vormarsch und hat 2025 einen Millionenschaden angerichtet

Von Frank Löhnig

Offenburg. Es gibt die lauten Verbrechen, und die ganz stillen. Mit Letzteren beschäftigt sich die Kriminalinspektion III beim Polizeipräsidium in Offenburg. Und die 20 Beamten müssen sich über einen Mangel an Arbeit nicht beklagen. Grund dafür ist eine Masche, die sich erst in den letzten Jahren so richtig entwickelt hat: der Anlagebetrug im Internet. Die Zahlen sind zuletzt massiv gestiegen. Allein im Verlauf des zurückliegenden Jahres haben sie sich auch vorsichtigen Schätzungen der zuständigen Beamten nach fast verdoppelt.

„

Die Entwicklung ist alarmierend.

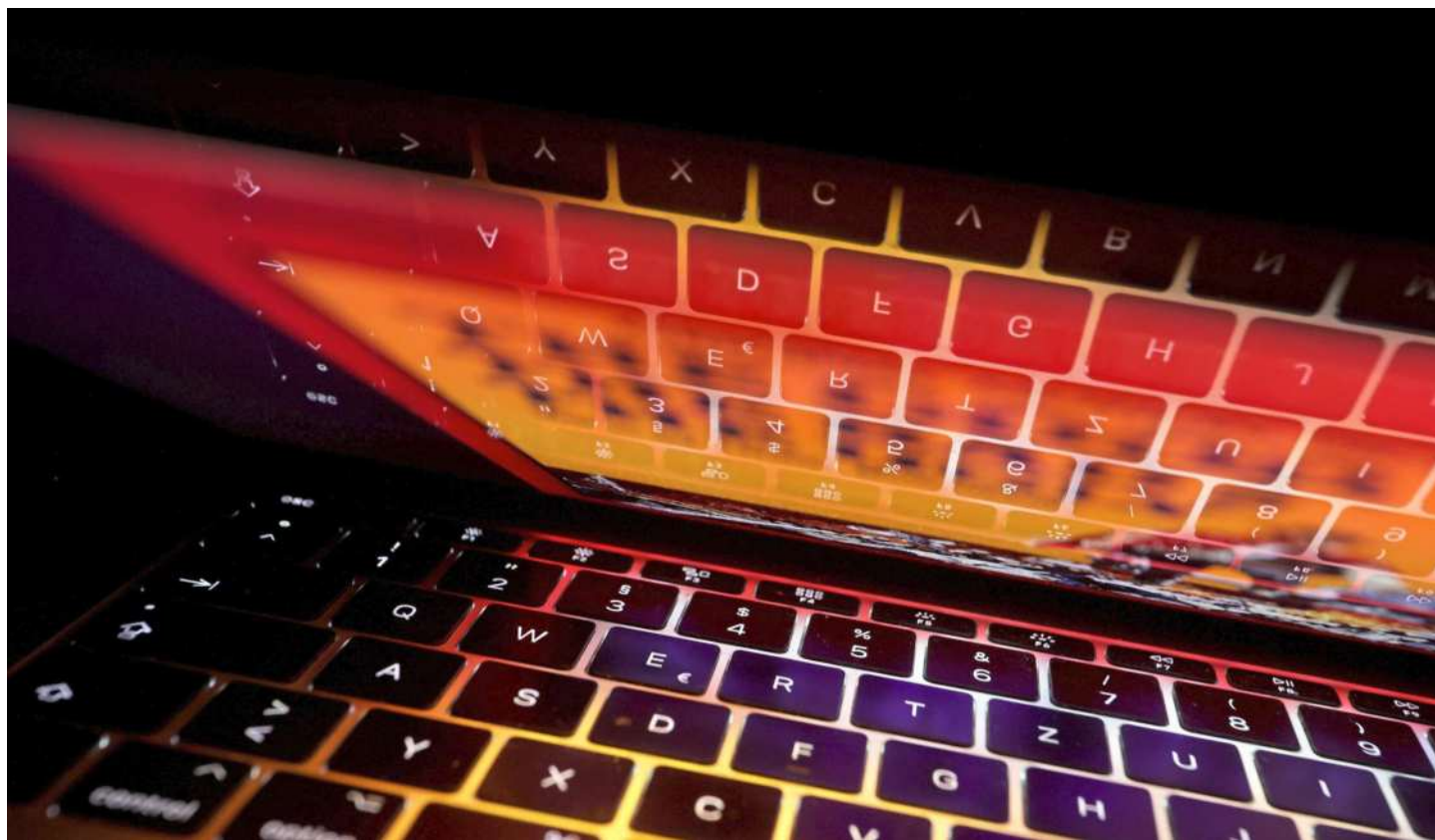
Philipp Kern

Leiter Kriminalinspektion III

Und es wird schlimmer. Die künstliche Intelligenz, kurz KI, trägt ihren Teil dazu bei. Sie sorgt zum Beispiel dafür, dass die im Ausland sitzenden Täter mit ihren Opfern in makellosem Deutsch kommunizieren können. Am Ende bleiben massive Schäden.

2025 dürften sie sich im Bereich des Polizeipräsidiums Offenburg auf rund zehn Millionen Euro belaufen. Geld, das die Bürger im Internet angelegt haben, gekördert zumeist von einer geschickt gemachten Masche, die soziale Medien und Messengerdienste nutzt, und, auch das gehört zur Wahrheit, von der eigenen Gier.

Horrende Gewinnversprechen ziehen den Opfern das Geld aus der Tasche, das in der Regel unwiederbringlich irgendwo in den Kanälen des internationalen Bankensystems versickert. Am Ende stehen



Cyberfraud heißt die neue Masche, die im Bereich des Polizeipräsidiums Offenburg Millionenschäden verursacht. Und die Dunkelziffer ist hoch, fürchtet das Polizeipräsidium Offenburg. Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

die Geschädigten bei Philipp Kern, Leiter der Kriminalinspektion III, oder seinem Kollegen Michael Rieber.

Helfen können die eher selten. Da das reguläre Bankensystem umgangen wird, verliert sich oft die Spur des Geldes, und die Täter sitzen weit weg – oft im asiatischen Raum.

Wie viele Fälle genau es sind und wie hoch der dabei entstandene Sachschaden ist, das können die Beamten in Offenburg und Rastatt, wo die Fälle aus dem nördlichen Präsidiumsgebiet aufschlagen, nur schätzen. Die Masche ist so neu,

dass sie noch nicht einmal gesondert in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst wird.

Dabei sind die Schäden teilweise heftig. „Die Entwicklung ist alarmierend“, sagt Philipp Kern, die Fallzahlen und die erbeuteten Geldsummen hätten sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Einige Opfer kommen mit einem dreistelligen Geldbetrag davon, bei anderen ist der Schaden sechsstellig.

Mit teils dramatischen Folgen für die Betroffenen, bis hin zum Suizid. Und die Polizei vermutet, dass die Dunkelziffer

erheblich ist. Manch ein Opfer schweigt, so wie man es auch vom Einzeltrick her kennt, bei dem meist lebensältere Menschen am Telefon überrumpelt und um ihr Ersparnis gebracht werden.

Beim „Cyberfraud“, wie die neue Masche heißt, ist es keine Überrumpelung, sondern eine Verführung. „Die Opfer werden nicht von einer Schreckensnachricht überrollt, sondern müssen sich erst einmal auf einer Investmentsseite registrieren“, sagt Kern.

Das Ergebnis freilich ist dasselbe: Am Ende ist das Geld weg. Und die Siche-

rung durch aufmerksame Bankangestellte, die so schon manchen Einzeltrick in letzter Minute gestoppt haben, entfällt.

Angelockt, so schildert Michael Rieber, werden die Opfer in den sozialen Medien, danach läuft die Kommunikation vorzugsweise über Messengerdienste. Los geht es mit kleineren Geldbeträgen, die vermeintlich hohe Renditen abwerfen.

Die Opfer werden dann unter Zeitdruck gesetzt, sollen immer mehr Geld überweisen. Zurück bekommen sie natürlich nichts. Wie der Geschädigte aus dem Ortenaukreis, dem man, als er eine Auszahlung verlangte, erklärte, dass er mehrere 10.000 Euro für „Steuern“ nachschießen müsse. Unnötig zu sagen: Das Geld war weg.

Die Methoden sind teilweise abenteuerlich. In einzelnen Fällen geben die Opfer den Tätern sogar Fernzugriff auf den heimischen Computer.

Service

Die Polizei gibt Tipps: Man sollte sich im Internet nicht von hohen Renditen blenden lassen und gerade bei Investitionen in Kryptowährungen misstrauisch sein. Die Recherche im Internet ergibt oft schon Warnhinweise. Wichtig sei, sich im Gespräch mit angeblichen Kundenberatern und Brokern nicht drängen lassen. Vorsicht ist bei Überweisungen auf fremde Konten geboten. Darüber hinaus sollten die Bürgerinnen und Bürger niemals sensible Daten wie Benutzername und Passwort zum Online-Banking oder ein Ausweisfoto an Fremde versenden. Und natürlich sollte man den Fernzugriff auf den heimischen Computer verhindern. Vorsicht vor Geldwäsche: Teilweise sollen die Opfer selbst hohe Beträge weiterleiten, die aber von anderen Geschädigten stammen. Das kann am Ende sogar zu Strafverfahren gegen das eigentliche Opfer führen.

Firma Claus bekommt Rebholz-Wanderstaffel

Bildungswerkstatt des Vereins Bioregion Mittelbaden überreicht Auszeichnung an Unternehmen

Baden-Baden (red). Das Unternehmen Claus Reformwaren Service Team hat die Rebholz-Wanderstaffel des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) von der Bildungswerkstatt des Vereins Bioregion Mittelbaden überreicht bekommen. Wie der Verein mitteilte, sei die Firma Claus mit 430 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gelungenes Beispiel für die Stärkung der Bio-Wertschöpfungskette, der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung.

Bereits 1964 starteten Sonja und Heinz Claus als Wegbereiter der Öko-Bewegung für eine nachhaltige regionale Wirtschaft mit Reform- und Bio-Lebens-



Bei einer feierlichen Veranstaltung wird der Staffelstab der Rebholz-Wanderstaffel weitergegeben. Foto: Bildungswerkstatt der Bioregion Mittelbaden

mitteln. „Deshalb kann Claus Reformwaren Service Team als ‚Schatz‘ in der Bio-Musterregion Mittelbaden+ bezeichnet werden“, begründet Raphaela Riedmiller-Kuttnick-Wicht, zusammen mit Walburga Dinger Leitungsteam des Projektes Bildungswerkstatt des Vereins Bioregion Mittelbaden die Auszeichnung.

Die FiBL-Wanderstaffel wurde vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau in Verbindung mit den bundesweiten Öko-Feldtagen ins Leben gerufen. Dabei werden seit 2023 in Deutschland regionale Bio-Betriebe besucht und ausgezeichnet.

Chor singt im Stadtmuseum

Baden-Baden (red). Die Sängerinnen und Sänger des Gesangvereins Hercynia Baden-Lichtental haben ein kleines Konzert in der Sonderausstellung „O du Fröhliche“ im Stadtmuseum gegeben. Wie der Verein mitteilte, umrahmten die Sänger die Ausstellung, die von Katja Micolajczak kuratiert wurde. Micolajczak hatte zu den Themen „O Tannenbaum“, „Morgen, Kinder, wird's was geben“, „Leise rieselt der Schnee“ und „Stille Nacht“ vielerlei interessante Exponate aus dem Fundus des Stadtmuseums zusammengetragen und in Vitrinen ausgestellt. Der Chor intonierte dazu die entsprechenden Lieder in einstimmiger Version mit Flöten- und Gitarrenbegleitung durch Annegret und Bernd Müller. Ergänzt wurde das Event durch weitere Adventslieder, die der Chor aus seinem Repertoire vortragen konnte.

Die Veranstaltung endete mit dem Dank von Heike Kronenwett, die das Engagement des Vereins lobte und die Erleichterung spüren ließ, dass das Stadtmuseum vorerst nicht geschlossen wird. Die Sonderausstellung wird noch bis Sonntag, 25. Januar, gezeigt.

Baum in Kaiserallee muss gefällt werden

Baden-Baden (red). Am Montagmorgen, 22. Dezember, lässt das Gartenamt in der Kaiserallee, neben der Auffahrt zur Trinkhalle, aus Gründen der Verkehrssicherheit eine Silberlinde entfernen.

Wie die Stadt mitteilte, ist die Fällung aufgrund der seit dieser Woche vorliegenden Ergebnisse einer eingehenden Baumuntersuchung mithilfe von Zugversuchen kurzfristig erforderlich. Während der Arbeiten kann es zu kurzzeitigen Verkehrsbehinderungen kommen. Für die mit den Arbeiten verbundenen Einschränkungen bittet das Gartenamt um Verständnis.

LA8 zeigt Porträts bedrohter Ethnien

Baden-Baden (red/mu). Das Museum LA8 präsentiert mit „Memory of Colors“ Porträts bedrohter Ethnien und kultureller Minderheiten weltweit. Der kolumbianische Fotograf Jaime Ocampo-Rangel beschäftigt sich seit dem Jahr 2000 mit diesem Thema, wie das Museum mitteilte. Die Ausstellung ist bis Sonntag, 8. März, im Museum für Kunst und Technik des 19. Jahrhunderts zu sehen.

Kreistag beschließt Klimaanpassungskonzept

Dank gesicherter Landesmittel entfällt nicht nur der Eigenanteil, sondern auch bürokratischer Aufwand

Von Ralf Joachim Kraft

Rastatt. Für den Landkreis Rastatt und seine Städte und Gemeinden wird ein umfassendes Klimaanpassungskonzept erstellt. Das hat der Kreistag Rastatt am Dienstag beschlossen. Gleichzeitig gab das Gremium eine bereits bewilligte, aber noch nicht abgerufene Bundesförderung zurück. Grund dafür ist die gesicherte Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg, die für den Landkreis vorteilhafter ausfällt.

Mit dem Beschluss reagiert der Kreistag auf die seit August geltende Novelle des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg. Dieses Gesetz verpflichtet Landkreise und große Kreisstädte, bis spätestens 2031 ein integriertes Konzept zur Anpassung an den Klimawandel vorzulegen. Für die kreisangehörigen Gemeinden übernimmt der Landkreis die Erstellung – mit Ausnahme der großen Kreisstädte.

Die Finanzierung ist durch jährliche Pauschalen und zusätzliche Mittel des Landes bis 2030 vollständig gesichert. Damit entfällt auch der Eigenanteil, den der Landkreis bei einer Bundesförderung hätte tragen müssen.

Die Entscheidung bedeutet eine klare Entlastung für die Verwaltung. Denn die Bundesförderung hätte nicht nur einen Eigenanteil von über 70.000 Euro erfordert, sondern auch einen hohen bürokratischen Aufwand mit strengen Vorgaben und engen Fristen nach sich gezogen. Zudem wäre eine spätere Verrechnung mit den Landesmitteln notwendig geworden,

deren Berechnung bislang unklar ist. Eine mögliche Rückzahlung hätte sogar mit vier Prozent verzinst werden müssen.

Bereits im Sommer 2025 hatte der Landkreis eine Klimaanpassungsmanagerin eingestellt, die den Prozess koordiniert. Sie soll die gesetzlichen Vorgaben erfüllen und die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden organisieren. Geplant sind Workshops, Umfragen und ein enger Austausch mit den Fachämtern. Grundlage bilden Daten des Klimaatlas' und der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg, ergänzt durch

eigene Informationen etwa zum Starkregenrisiko.

Das Konzept wird eine Klimawirkungsanalyse, eine Betroffenheitsanalyse und einen Maßnahmenkatalog enthalten. Dabei geht es um Vorsorge gegen Hitze, Trockenheit, Wassermangel und Extremwetter wie Starkregen. Auch die Eigenvorsorge der Bürgerinnen und Bürger soll gestärkt werden. Ergänzt wird das Konzept durch ein Controlling, eine Verstärkungsstrategie und ein Kommunikationskonzept. Für die Finanzierung erhält der Landkreis bis

2030 jährlich rund 121.000 Euro, ab 2031 zusätzlich eine Pauschale pro Einwohner. Im Jahr 2028 fließen einmalig 100.000 Euro für die Konzepterstellung. Damit ist die langfristige Finanzierung gesichert.

Nach der Fertigstellung müssen die Konzepte veröffentlicht und der Landesanstalt für Umwelt gemeldet werden. Mit dem Beschluss hat der Kreistag den Weg frei gemacht für ein Projekt, das die Region auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten soll – ohne finanzielle Risiken und mit Unterstützung des Landes.



Die Extremwetterereignisse in der Region nehmen zu: Das Bild zeigt den überfluteten Bereich in der Fährstraße in Rastatt-Plittersdorf im Januar 2021. Foto: Ralf Joachim Kraft